

Grundsatzprogramm

der Jusos Sachsen



beschlossen bei der
ersten Vollversammlung der Jusos Sachsen
am 25. November 2006 in Dresden

Grundsatzprogramm der Jusos Sachsen

1 Präambel	3
2 Demokratie und Partizipation	3
2.1 Menschenbeteiligung und Demokratieverständnis.....	3
2.2 Integration.....	4
2.3 Religion.....	4
2.4 Inneres / Justiz.....	4
2.5 Wehrpflicht / Zwangsdienste	5
2.6 Rechtsextremismus.....	5
3 Bildung	5
3.1 Bildungsbegriff.....	5
3.2 Vorschule / KITA.....	5
3.3 Schulstruktur.....	6
3.4 Schul- und Lernkultur.....	6
3.5 Berufliche Ausbildung.....	7
3.6 Hochschule.....	8
3.7 Kunst und Kultur.....	10
4 Wirtschaft und Soziales	10
4.1 Grundlegende Bedingungen für eine gerechte Sozial- und Wirtschaftspolitik.....	10
4.2 Arbeitsbild.....	11
4.3 Steuern.....	12
4.4 Rente.....	12
4.5 Gesundheit.....	13
4.6 Familie.....	13
5 Sachsen in Europa	14
5.1 Europa nach innen.....	14
5.2 Europa nach außen	15
5.3 Europa der EuropäerInnen.....	16
6 Umwelt, Nachhaltigkeit und Raumplanung	16
6.1 Verkehrspolitik.....	16
6.2 Raumplanungspolitik.....	18
6.3 Energiepolitik.....	18
6.4 Umweltpolitik.....	20

Grundsatzprogramm der Jusos Sachsen

1 Präambel

Die sächsischen Jusos sind ein demokratischer, sozialistischer und feministischer Jugendverband. Wir arbeiten ehrenamtlich und wollen unsere Vorstellungen einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft voranbringen. Wir fühlen uns als Jugendorganisation der SPD den Grundwerten des demokratischen Sozialismus verbunden. Die Basis unserer Arbeit sind deshalb die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Als Interessenvertretung junger Menschen wollen wir deren Anliegen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten. Alle junge Menschen sollen durch Partizipation und Mitbestimmung am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Würde des Menschen, Toleranz, Gewissensfreiheit und Gewaltfreiheit sind für uns die Prinzipien des gemeinsamen Zusammenlebens. Wir wollen Voraussetzungen schaffen, die es allen Menschen unabhängig von ihrer Ethnie, religiösen Bindung, ihrem Geschlecht oder der sexuellen Orientierung ermöglichen, in einer intakten Umwelt und ohne ökonomische Zwänge zu leben und sich dabei frei und selbstbewusst zu verwirklichen.

Soziale Sicherungssysteme, die jeder und jedem erlauben, ein menschenwürdiges Leben zu führen sowie mit gleichen Chancen an der Gesellschaft teilzuhaben, bilden für uns die wichtigste Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben. Aus diesem Grund treten die sächsischen Jusos für eine sozial gerechte und verantwortungsvolle Form des wirtschaftlichen Handelns ein, dessen Wirken gesamtgesellschaftliche Entwicklungen beachtet und ökologisch verträglich ist. Dies kann nur durch eine dem Gemeinwohl untergeordnete Wirtschaft gewährleistet werden.

Als Jusos in der SPD verstehen wir es als unsere Aufgabe, neue Ideen und gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen und in die Politik hineinzutragen.

2 Demokratie und Partizipation

2.1 Menschenbeteiligung und Demokratieverständnis

2.1.1 Grundverständnis

Für uns Jusos ist die Beteiligung aller Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen von essentieller Bedeutung für eine lebendige und dauerhafte Demokratie. Schwierige Entscheidungen erhalten durch Partizipation eine größere Akzeptanz und eine bessere Qualität. Nur eine lebendige Demokratie, welche die Anliegen der Menschen in Entscheidungen berücksichtigt, wird auf Dauer Bestand haben können.

Demokratie ist für uns als Staatsform alternativlos. Durch sie werden grundlegende Rechte garantiert, und insbesondere kann der Wille der Menschen durch Wahlen artikuliert werden. Das demokratische System muss jedoch verbessert werden, da offensichtlich immer weniger Menschen an der Demokratie teilhaben wollen. Dabei ist es die Grundlage von Demokratie, dass sämtliche Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Wir sehen immer mehr die Gefahr, dass dieser Entwicklung nur unzureichend entgegnet wird. Bestimmte Gruppen werden von Entscheidungsprozessen immer mehr ausgegrenzt. Zahlenmäßig kleinere, dafür aber um so mächtigere Gruppen beeinflussen oftmals die politischen Entscheidungen. Daraus resultieren intransparente Ergebnisse und eine begrenzte Informationspolitik von Verwaltungen und staatlichen Einrichtungen.

2.1.2 Repräsentative Demokratie

Parlamente bleiben auch in Zukunft die zentralen Elemente in unserem demokratischen System. Dabei ist es unabdingbar, dass sämtliche Entscheidungsprozesse transparent und erst nach Einbeziehung aller betroffenen Gruppen ablaufen. Dies muss eine klare Verantwortungsverteilung der verschiedenen Repräsentationsebenen nach sich ziehen. Wir Jusos Sachsen fordern weiterhin eine Stärkung der kommunalen bürgerInnennahen Ebene.

Die Wahlen zu Parlamenten sollen auf eine breitere Basis gestellt werden. Daher streben die Jusos Sachsen das allgemeine Wahlrecht für alle Menschen, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, an.

2.1.3 Direkte Demokratie

Die Stärkung plebiszitärer Elemente auf allen Ebenen ist für uns von zentraler Bedeutung. Dabei stehen die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene sowie die Erleichterungen von Volksabstimmungen in Sachsen und den Kommunen im Vordergrund. Insbesondere Verfassungsänderungen und Fragen grundsätzlicher Natur sollten nach parlamentarischem Verfahren dem Willen der Bürgerinnen und Bürger unterzogen werden.

Das Initiativrecht soll dabei ausdrücklich sowohl den Wählerinnen und Wählern, als auch den Parlamenten und Regierungen zustehen. Wir streben an, dass Volksentscheide neben Wahlen und der Partizipation in politischen Parteien zu einem allgemein anerkannten Instrument der politischen Willensbildung werden.

2.2 Integration

Die Jusos Sachsen fordern, dass Deutschland ein offenes und integratives Einwanderungsland wird. Hier soll jede und jeder nach ihren oder seinen Vorstellungen leben können, so lange diese nicht Freiheiten und Rechte anderer verletzen. Insbesondere Asylbewerberinnen und -bewerber haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, z. B. durch Aufhebung der Residenzpflicht. Jedem Mensch muss die Möglichkeit gegeben werden Integrationsangebote wahrzunehmen. Migrantinnen und Migranten sollen ihre bisherige Identität nicht aufgeben müssen.

2.3 Religion

Die Jusos Sachsen bekennen sich zu einem säkularen Staat mit einer strikten Trennung von Kirche und Staat. Dazu ist unerlässlich, dass der Staat keine kostenfreien Dienstleistungen für Religionsgemeinschaften mehr erbringt, wie z. B. die Einziehung der Kirchensteuer. Wir verlangen, dass die Religionsfreiheit für alle Menschen vom Staat gewährleistet wird.

Wir setzen uns für einen stärkeren Dialog der hier ansässigen Religionsgemeinschaften ein. Wir schätzen die Kirchen und Religionsgemeinschaften als Gesprächspartner im gesellschaftlichen Diskurs. Wir erkennen ihre Verantwortung im Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Wertevermittlung an und fordern sie auf, in ihrer Arbeit für die Durchsetzung von Gewaltfreiheit, Toleranz, Solidarität und der Achtung der Würde des Menschen nicht nachzulassen.

2.4 Inneres / Justiz

Aufgabe des Staates ist der Schutz der Menschen. Dabei ist die Einhaltung der Grundrechte oberste Maxime. Insbesondere Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung durch die verstärkte Überwachung in den Städten und von öffentlichen Plätzen, die

Überwachung des Internets und anderer Kommunikationsmittel lehnen wir ab. Garant für die Sicherheit der Menschen ist stattdessen Zivilcourage, bürgerInnenschaftliches Engagement und eine bürgerInnennahe, gut ausgebildete Polizei. Bei ihrer Arbeit, insbesondere der Strafverfolgung, müssen sämtliche rechtsstaatlichen Prinzipien eingehalten werden. Das Folterverbot ist unantastbar. Wir akzeptieren Haft als Strafe, wobei in einem humanen Strafvollzug der Resozialisierungsgedanke im Vordergrund stehen muss.

Für die gesamte innere Sicherheit ist ausschließlich die Polizei verantwortlich. Dazu gehört auch eine strikte Aufgabenteilung zwischen Polizei und Geheimdiensten. Beide müssen einer umfassenden parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

2.5 Wehrpflicht / Zwangsdienste

Die Jusos Sachsen sind für die Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes sowie gegen die Einführung jeglicher Zwangsdienste. Wir begrüßen jedes freiwillige bürgerliche Engagement, deshalb sollen Freiwilligendienste staatlich unterstützt werden.

2.6 Rechtsextremismus

Die Jusos Sachsen lehnen Extremismus in jeder Form ab. Nichtsdestotrotz stellt der Rechtsextremismus für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie die größte Gefahr dar. Der Staat ist besonders verpflichtet, diesen Rechtsextremismus zu bekämpfen. Dazu gehört die Aufklärung über das Thema, nachhaltige Unterstützung von antifaschistischen Projekten und die effektive Strafverfolgung rechtsextremer Straftaten.

Eine dauerhafte Lösung dieses Problem kann jedoch nur durch den Aufbau einer toleranten und starken Zivilgesellschaft erreicht werden. Innerhalb unserer Zivilgesellschaft tragen wir durch dauerhafte Aufklärung, Bekämpfung von Vorurteilen sowie der Beteiligung an regionalen, antifaschistischen Netzwerken und Initiativen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus bei. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

3 Bildung

3.1 Bildungsbegriff

Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit ist in ihrem Kern Bildungsgerechtigkeit. Bildung umfasst Wissens- und Kompetenzvermittlung in einem breiten Spektrum. Wir wollen Bildung, die nicht nur befähigt, sich in der Welt zu rechtzufinden, sondern die in die Lage versetzt sie zu bewerten, zu gestalten und zu verändern. Demokratische Bildung als Schutzschild gegen rechtsextremistische und rassistische Tendenzen ist für uns zentraler Bestandteil aller Bildungsanstrengungen.

Für uns Jusos Sachsen ist das Recht auf Bildung ein unveräußerliches Menschenrecht und eine Konsequenz aus der Würde des Menschen. Sie muss für alle Menschen kostenfrei und uneingeschränkt zugänglich sein. Wir lehnen eine Ökonomisierung der Bildung ausnahmslos ab. Wir Jusos Sachsen brauchen keine Marktlogik, um für Bildung zu werben.

3.2 Vorschule / KITA

Kindertagesstätten sind mehr als Betreuungsstätten. Sie sind keine Konkurrenz zur familiären Erziehung, aber essentielle Ergänzung und Hilfestellung. Elternhausbedingte Benachteiligungen können dadurch frühzeitig ausgeglichen werden.

Kinder sollen ihr Leben spielerisch erlernen. Sozialverhalten, Sprache, Motorik, Konfliktlösung und Selbstständigkeit sind uns dabei die wichtigsten Punkte zur Erziehung der Kinder. Frühkindliche Bildung muss in der Gesellschaft, unabhängig vom Elternhaus, kosten- und barrierefrei sowie ganztätig sein. Wir befürworten daher auch eine Pflichtteilnahme jedes Kindes ab dem dritten Lebensjahr an der KITA. Jedes Kind muss ab dem 13. Lebensmonat einen Rechtsanspruch auf einen KITA Platz haben.

Hohe Erwartungen in die Qualität geleisteter Erziehung und Bildung müssen natürlich einhergehen mit einer entsprechend guten Ausbildung und Bezahlung der dort Beschäftigten.

Unserer Meinung nach darf der ErzieherInnenberuf nicht vorwiegend als Frauenberuf verstanden werden, und so setzen wir uns für mehr Männer als tätige Erzieher von Kindern ein.

3.3 Schulstruktur

Für die Jusos Sachsen ist Bildung eine gesellschaftliche Aufgabe und muss staatlich finanziert werden. Wir lehnen jede Form von Schulgeld ab und fordern die Gemeinschaftsschule als zentrale Schulstruktur in Sachsen.

Die Gemeinschaftsschule ist Bestandteil einer Kommune. Diese sollte dann auch in den Lernprozess integriert sein. Durch eine Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden sowie eine starke Einbindung der Eltern kann den Schülerinnen und Schülern ein breites Spektrum an Möglichkeiten geboten werden. Sowohl in der Schuleingangsphase, als auch in den Übergangsphasen zwischen einzelnen Ausbildungsschritten muss eine intensive Kooperation zwischen Schule und Kindertagesstätte bzw. zwischen Schule und weiterführender Bildungseinrichtung stattfinden. Die Ausgaben für Bildung und Erziehung werden von uns als Investitionsausgaben und nicht als Verwaltungsausgaben betrachtet.

Wir Jusos Sachsen fordern eine gesamtdeutsche Bildungsverantwortung für die Harmonisierung und finanzielle Unterstützung des Schulsystems.

Bildungseinrichtungen müssen nach unserer Überzeugung staatlicherseits flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

3.4 Schul- und Lernkultur

3.4.1 Bildung und Demokratie

Wir Jusos Sachsen sprechen uns für eine starke innerschulische Demokratie aus, mit einer drittelparitätlich besetzten und wirklich durchsetzungsstarken Schulkonferenz. Breite SchülerInnen selbstverwaltung ist für uns eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Lernen und ein gute Möglichkeit für erste Verantwortungsübernahme und Demokratieerfahrung.

3.4.2 Bildung als Integration

Wir Jusos Sachsen lehnen eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach finanziellen Möglichkeiten der Eltern, Herkunft und etwaiger Behinderung ab. Gerade weil für uns Toleranz und Solidarität maßgebliche, durch Bildung zu vermittelnde Werte sind, fordern wir, sogenannte „verhaltensauffällige“, behinderte und „lernschwache“ Kinder zu integrieren. Ihre Einbindung ist nicht nur für sie, sondern auch für die Entwicklung aller Kinder zentral.

Wir Jusos Sachsen fordern auch die verstärkte Anstellung von Männern in den Berufen und den gezielten Abbau von Vorurteilen hinsichtlich so genannter „geschlechtsspezifischer Begabungsunterschiede“.

3.4.3 Bildung und Leistung

Die Leistung eines Bildungssystems messen wir daran, wie es jeder Einzelnen und jedem Einzelnen gesellschaftliche Teilhabe und Selbstentfaltung ermöglicht. Die Leistung eines Menschen in diesem System bemisst sich für uns Jusos nicht an Benotungen sondern in der individuellen Entwicklung von Talenten, Orientierungswissen, Aneignung von Schlüsselkompetenzen, und der Fähigkeit zum „Lernen-Lernen“.

Statt Auslese soll bestmögliche individuelle Förderung im Vordergrund stehen. Leistungsförderung heißt nicht Herstellung von Exklusivität. Uns als Jusos Sachsen ist ein hohes Niveau in der Breite, die besondere Förderung der Schwächeren und natürlich eine Förderung außergewöhnlicher Begabungen zentrales Anliegen der Bildungspolitik.

Die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer für eine Gesellschaft sind nicht hoch genug einzuschätzen. Ausbildung und gesellschaftliche Anerkennung sowie das Rollenverständnis als stetig selbst Lernende müssen immer wieder gestärkt werden.

3.5 Berufliche Ausbildung

Der Weg einer beruflichen Ausbildung ist der Weg in die soziale Integration und der Einstieg in die Selbstständigkeit in unserer Gesellschaft. In einer beruflichen Ausbildung werden neben handwerklichen Fähigkeiten zur Ausübung eines Berufes auch Sozialkompetenzen für den Einstieg ins Berufsleben geschaffen.

Wir Jusos Sachsen halten das duale Ausbildungssystem für die einzige Möglichkeit, sich beruflich zu bilden. Überbetriebliche Berufsausbildungen sowie Vollzeitausbildungen an Schulen sind in das duale Ausbildungssystem zu überführen, denn diese entsprechen nicht den Erfordernissen der betrieblichen Praxis.

Wir fordern, dass alle Berufe bundesweit einen verpflichtenden einheitlichen Ausbildungsrahmenplan besitzen. Des Weiteren ist es notwendig, die Prüfungsinhalte in allen Bundesländern anzugleichen, damit eine bessere Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse gegeben ist. Die theoretische Ausbildung an der Berufsschule muss durch ein Umdenken in der Lern- und Schulkultur neu gestaltet werden. Die Inhalte der Berufsausbildung müssen stetig zusammen mit den Berufsschulen, den Gewerkschaften, den Unternehmen und den zuständigen Kammern überprüft und aktualisiert werden. Die praktische Ausbildung in einem Unternehmen darf nur von qualifizierten und didaktisch geschulten Ausbilderinnen und Ausbilder durchgeführt werden.

Im Rahmen der Mitbestimmung sollten die Gewerkschaften die Möglichkeit erhalten, die Rechte und Pflichten eines Auszubildenden in Berufsschulen und in Unternehmen zu vermitteln. Wir Jusos stehen außerdem für eine Demokratisierung und Mitbestimmung im Unternehmen im Rahmen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Auszubildende dürfen nicht als billige Arbeitskraft gesehen werden, sondern als Investition in die Zukunft eines Unternehmens. Wir setzen uns daher für eine angemessene Entlohnung für die Zeit der Ausbildung ein.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten befürworten eine Ausbildungsplatzumlage, bei der nicht- bzw. zu wenig ausbildende Unternehmen sich verpflichten, eine Umlage an die Firmen zu zahlen, die überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Weiterhin sollten die ausbildenden Betriebe bei der Vergabe von Fördermitteln bevorzugt behandelt werden.

Wir sehen besonderen Handlungsbedarf in der Gleichstellung von Frauen und Männern. Das geschlechtstypische Lernverhalten verstärkt zusätzlich Differenzen zwischen den Geschlechtern. Um dies zu mindern und zu vermeiden, müssen Lernbedingungen geschaffen werden, die Frauen und Männer nach ihren Möglichkeiten fördern. Des Weiteren müssen Stereotypen in den verschiedenen Berufen durchbrochen werden.

Finanzielle Anreize bei der Ausstattung eines Ausbildungsplatzes im Unternehmen für Menschen mit Beeinträchtigungen müssen staatlich zur Verfügung gestellt werden.

3.6 Hochschule

3.6.1 Wissenschaft in der Gesellschaft

Wissenschaft ist frei, sie konstruiert und kritisiert gültige Wahrheiten fortlaufend. Sie hat ihrem Selbstverständnis nach jedoch den Auftrag, die immerwährende Hinterfragung gesellschaftlicher Gewissheiten zu leisten, gesellschaftliche Innovation im weitesten Sinne zu erstreben.

Die Freiheit der Wissenschaft hat Voraussetzungen: Für uns heißt dies, dass die Freiheit der Forschung und Lehre vor staatlicher und wirtschaftlicher Macht gesichert sein muss. Dazu gehören der freie, unbehinderte wissenschaftliche Diskurs, der offene Zugang zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung, die bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen, sowie die transparente und leistungsgerechte Berufung von Lehr- und Forschungspersonal.

Wir Jusos Sachsen bekennen uns zur Würde des Menschen und dem Schutz der Menschenrechte als Rahmen und ethische Begrenzung wissenschaftlicher Arbeit.

3.6.2 Staatliche Hochschulfinanzierung

Wir Jusos Sachsen fordern verstärkte staatliche Investitionen in den Bildungssektor und größere Freiräume bei der Bewirtschaftung im Rahmen der Hochschulautonomie.

3.6.3 Zugang zu den Hochschulen

Maßgebliches Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Behebung eklatanter sozialer Schieflagen bezüglich des Zugangs zu den Hochschulen. Die Jusos Sachsen sprechen sich daher für ein gebührenfreies Studium aus.

Um soziale Benachteiligungen auszugleichen, müssen Zahlungen nach dem BAföG elternunabhängig mindestens bis zum Master-Abschluss gezahlt werden. Darüber hinaus muss das staatliche Stipendienwesen für weiterführende Studien ausgebaut werden.

Der Zugang zum Studium ist nur mit der allgemeinen oder fachgebundene Hochschulreife, mit Fachhochschulreife, mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. mit fachbezogenem Kompetenznachweis möglich. Der Zugang zum Master muss für Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen oder Absolventinnen und Absolventen mit gleichwertigen Abschluss gewährleistet sein.

3.6.4 Hochschulautonomie und Qualitätssicherung in Forschung und Lehre

Zur Qualitätssicherung und -steigerung soll die Autonomie der Hochschulen und damit ihre Verantwortung gestärkt werden. Wir wollen deshalb Globalhaushalte einführen, deren Volumen, dem gesellschaftlichen Auftrag folgend, auf Basis von Zielvereinbarungen festgelegt werden.

Hochschulen sind dabei bedarfsgerecht, d.h. entsprechend der Anzahl der Abgängerinnen und Abgänger, der vorzuhaltenden Studiengänge, des Personal- und Technologieaufwandes der Forschung und Lehre sowie der notwendigen Ausstattung der Bibliotheken und nachgeordneten Einrichtungen zu finanzieren. Eingeworbene Drittmittel sollen auch in folgenden Haushalten zu mindestens zwei Dritteln bei den Hochschulen verbleiben.

Auf Seiten der Lehrenden ist stärker auf Leistungsanreize zu setzen. Teil eines umfassenden Qualitätssicherungssystems muss die studentische Evaluation sein, deren Ergebnis verpflichtend zu veröffentlichen ist. Zusätzlich müssen sie von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben entlastet werden. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wollen wir durch die Juniorprofessur bessere und sichere Bedingungen schaffen.

Den Bolognaprozess wollen wir nutzen, um eine propädeutische Studieneingangsphase zu etablieren. Die Lehrenden müssen regelmäßig didaktisch weitergebildet und die Studierenden stärker in die Lehre einbezogen werden.

3.6.5 Demokratie an Hochschulen

Wir fordern eine konsequente Weiterentwicklung der Gruppenuniversität im Sinn der Stärkung der Demokratie und der Sicherung der Arbeitsfähigkeit. In allen Gremien, die Interessen aller Statusgruppen betreffen, streben wir die Viertelparität an. Andere Gremien sollen je nach Betroffenheit der Entscheidungsbefugnisse besetzt werden. Eine Stimmenmehrheit einer der Gruppen in den Gremien lehnen wir ab. Die studentische Selbstverwaltung ist, sowohl innerhalb der universitären Gremien, als auch intern, zu stärken.

Weiterhin muss die Hochschule intensiver für einen Dialog mit der Gesellschaft geöffnet werden.

3.6.6 Hochschulen in Sachsen

Das sächsische Hochschulsystem mit seinen Volluniversitäten und weiteren Universitäten mit technischem Schwerpunkt sowie sonstigen Hochschulen ist zu erhalten. Eine Profilschärfung, die zu Lasten eines volluniversitären Fächerspektrums geht, lehnen wir ab.

Bestehende Fachhochschulen sind auszubauen und in ländlichen Regionen neue zu gründen.

3.6.7 Gleichstellung

Es müssen dringend mehr Frauen Verantwortung in Lehre und Forschung übernehmen. Sowohl beim Hochschulzugang für Studierende, als auch bei der Stellenvergabe und Berufung für Lehrende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist verstärkt für die Gleichstellung von Frau und Mann zu sorgen. Über schulbegleitende Angebote sollen Mädchen und Jungen verstärkt dazu gebracht werden, bisher vom anderen Geschlecht dominierte Studienfächer zu wählen.

Nachwuchswissenschaftlerinnen wollen wir fördern, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Kommissionen zur Neubesetzung wissenschaftlicher Stellen sind geschlechtsparitätisch zu besetzen. Über Zielvereinbarungen sowie Quotenregelungen bei der Besetzung von wissenschaftlichen Stellen ist dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts steigen kann.

3.6.8 Bildungsfinanzierung

Wir betrachten Bildungsausgaben als Investition in die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Die „Vorfinanzierung“ des öffentlichen Gutes Bildung durch die Allge-

meinheit ist also als Investition in die Gesellschaft selbst anzusehen und sollte vor allem über das progressive Steuersystem geschehen.

Der staatliche Einfluss hat sich auf das Gewähren der finanziellen Rahmenbedingungen sowie das Festschreiben der Verfahrensvorkehrungen zu beschränken. Mittel dafür können u.a. sowohl Zielvereinbarungen als auch Hochschulverträge sein.

3.6.9 Studierendenwerke

Die Studierendenwerke sind zu erhalten und müssen dringend besser finanziert werden. Ihre Leistungen für sozial benachteiligte Menschen sind auszubauen, um die Bildungsgerechtigkeit in Sachsen zu erhöhen. Die Jusos Sachsen fordern den Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Studierenden und Personal. Privatisierungen sind abzulehnen!

3.6.10 Lebensbegleitendes Lernen

Bildung soll nicht nur auf eine Lebensphase beschränkt sein. Eben weil Bildung mehr ist als eine Investition in die Köpfe, wollen wir für alle, gleich welchen Alters oder Beschäftigung, Bildungsangebote bereitstellen. Dies reicht von der beruflichen Weiterbildung, für die Freistellung und Finanzierung geregelt sein muss, bis zu Bildungs- und Kulturangeboten. Immer wieder neues hinzulernen ist ein menschliches Grundbedürfnis, das gefördert und dessen Erfüllung ermöglicht werden muss.

Allen Menschen soll jederzeit jede Bildungseinrichtung offen stehen, unabhängig von den finanziellen oder angenommenen geistigen Voraussetzungen. Formale Abschlüsse sind dahingehend zu entwerfen, dass sie einerseits jederzeit unabhängig von der sozialen Situation nachgeholt werden können, andererseits im Bildungssystem keine absolute Hürde zum Erreichen der nächsthöheren Bildungseinrichtung mehr darstellen dürfen.

Gerade deshalb fordern wir auch die Aufhebung der strikten strukturellen Trennung von Allgemeiner und Beruflicher Bildung, die im Moment sehr früh Lebenswege definiert und die Exklusivität „Höherer Bildung“ milieugebunden fest schreibt.

3.7 Kunst und Kultur

Wir Jusos Sachsen bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Wir bejahen damit zudem ihre gesellschaftliche Relevanz. Sie ist individueller Ausdruck, aber auch Mittel zu Bildung und Erziehung, gesellschaftlicher Kritik und Weitergabe von Kulturgut.

Privates Engagement für die Kunst begrüßen wir, verteidigen jedoch den grundsätzlichen staatlichen Auftrag zur Förderung von Kunst und Kultur. Wir Jusos Sachsen fordern dabei weiterhin eine Bevorzugung von Kunstformen und Kulturinstitutionen, deren Arbeit gesellschaftliche Integration fördert sowie Bildungserlebnisse für Kinder und Jugendliche und breite gesellschaftliche beziehungsweise auch bildungsferne Schichten schafft.

4 Wirtschaft und Soziales

4.1 Grundlegende Bedingungen für eine gerechte Sozial- und Wirtschaftspolitik

Oberste Priorität einer sozialdemokratischen und gerechtkeitsorientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik muss die Gewährleistung der Wahrnehmung von Lebenschancen und die Verwirklichung der individuellen Autonomie sein. Jeder Mensch muss unabhängig von seinen ökonomischen und sozialen Möglichkeiten seine Grundrechte und individuelle Freiheit in Anspruch nehmen können. Dazu müssen die Einkommensunterschiede zwi-

schen Arm und Reich reduziert werden. Damit einhergehend fordern die Jusos Sachsen den umfassenden Um- und Ausbau des Sozialstaats, um Wohlstand gerecht zu verteilen. Weitere vorrangige Ziele müssen die konsequente Armutsbekämpfung und die Beteiligung am Arbeitsmarkt sein.

Dabei ist Arbeitslosigkeit nicht nur ein ökonomisches Problem. Denn ebenso wie Armut beschädigt sie individuelle Autonomie, verletzt das Selbstwertgefühl und verringert die Wahrnehmung von Lebenschancen. Solange über Arbeit nicht nur Einkommen, sondern auch Status, Selbstwertgefühl und soziale Zugehörigkeit verteilt wird, muss dem Arbeitsmarkt besondere politische Aufmerksamkeit zukommen. Demnach muss der Ausschluss eines beachtlichen Teils der Bevölkerung aus der Gesellschaft verhindert werden. Der von unten nach oben umverteilende Staat neoliberaler Prägung kann nicht zur neuen Maxime erhoben werden. Stattdessen fordern die Jusos Sachsen den Aufbau eines universalistischen Sozialstaats, der es allen ermöglicht, ihre Lebenschancen zu realisieren. Wenn soziale Eingliederung und die Verhinderung von Armut durch Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt vorrangige Ziele gerechtigkeitsorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik sind, muss konsequenterweise auch über einen Umbau des Sozialstaates nachgedacht werden. Neben Einkommensumverteilung und Transferleistungen müssen Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktchancen ausgebaut werden. Die sozialstaatliche Antwort auf strukturelle Arbeitslosigkeit kann nicht Zwangsmaßnahmen gegen die Betroffenen beinhalten. Vielmehr verlangt diese eine finanzielle Umverteilung zugunsten der Bildung der Erwerbslosen sowie die gezielte Unterstützung der Menschen, die eine Erwerbsarbeit suchen. Der Sozialstaat muss „sensibel“ gegenüber denen reagieren, die ihre Schwächen oder Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt nicht zu verantworten haben.

Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern – daher fordern wir eine steuerliche Förderung von Unternehmen, die langfristige Arbeitsplatzgarantien gewährleistet.

4.2 Arbeitsbild

Angesichts fortschreitender Automatisierung, Flexibilisierung und zunehmender Höherqualifizierung entspricht das klassische Normalarbeitsverhältnis nicht mehr der gesellschaftlichen Realität. Ein Vollzeitarbeitsplatz mit lebenslanger Einstellung in einem Unternehmen wird zunehmend zur Ausnahme. Unter diesen Rahmenbedingungen wird es Vollbeschäftigung im traditionellen Sinne nicht mehr geben. Jedoch bedeutet es nicht, dass die Jusos Sachsen das Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben. Ungeachtet der Änderungen der Arbeitsgesellschaft muss die Idee der Vollbeschäftigung im Sinne eines neuen Verständnisses aufrechterhalten werden.

Es sollte von der traditionellen Vorstellung der körperlichen ganztägigen Erwerbsarbeit abgerückt werden. In Zukunft wird jedes Individuum eine Kombination aus Erwerbsarbeit, gesellschaftlicher Arbeit und Familienarbeit leisten. Darüber hinaus sollte von einer flexibleren Einschätzung der Erwerbsarbeit, die auch veränderte Arbeitszeitregelungen einschließt, ausgegangen werden. Die damit verbundenen Risiken der Mitglieder der Gesellschaft müssen auch weiterhin vom Staat getragen werden. Dies setzt jedoch voraus, dass das neue Arbeitsbild gesellschaftlich akzeptiert wird.

Frauen werden bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit immer noch deutlich schlechter entlohnt als Männer. Darüber hinaus ist der Arbeitsmarkt für Frauen und Männer nach wie vor stark durch bestehende Rollenbilder geprägt. In Führungspositionen sind Frauen unterrepräsentiert. Um der vielschichtigen gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft zu begegnen, ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ein Hauptziel der Jusos Sachsen.

Da Arbeit nicht nur existenzielle, sondern auch individuelle Bedeutung besitzt, muss die in einer Gesellschaft zu leistende Arbeit gerecht auf deren Mitglieder verteilt werden. Die Vergütung muss dabei eine angemessene Lebensqualität sicherstellen. Die aus neuen Arbeitsformen resultierenden Freiräume geben jedem einzelnen Menschen die Möglichkeiten zu mehr Partizipation an Gesellschaft, Bildung und Kultur.

Auch die Sozialsysteme müssen sich mit ihrem traditionellen Bild der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung einer Prüfung unterziehen und der nichtdurchgängigen Erwerbsbiografie Rechnung tragen. Wir fordern bei der Absicherung von Lebensrisiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter das Prinzip der organisierten Solidarität. Von diesem Solidarsystem müssen auch Menschen mit nicht durchgängigen Erwerbsbiografien gleichermaßen abgesichert werden. Dem Staat kommt als Träger der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums eine bedeutende Rolle zu. Den Schwankungen der individuellen Erwerbsbiografien in modernen Gesellschaften muss ein Maximum an sozialer Sicherheit entgegen gestellt werden. Mit der Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft kommt der Aneignung von Fähigkeiten und Kompetenzen eine zentrale Rolle zu. Somit erfordert das neue Arbeitsbild den unbedingten freien Zugang zu Bildung für ein lebensbegleitendes Lernen.

4.3 Steuern

Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der Infrastruktur der Gesellschaft, die jede Bürgerin und jeder Bürger gleichermaßen nutzen kann, fordern wir eine breite Palette an Steuerarten. Dabei ist dem Prinzip der Steuergerechtigkeit höchste Priorität einzuräumen, denn es gibt Gruppen in der Gesellschaft, die sich trotz ihres Reichtums nicht an der Finanzierung des gesellschaftlichen Lebens beteiligen wollen. Deshalb müssen alle Arten von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Erwerbseinkommen darf nicht länger stärker steuerlich belastet werden als Kapitaleinkommen. Das Prinzip „starke Schultern tragen mehr als schwache“ muss revitalisiert werden, und Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Um Steuerflucht einzugrenzen, müssen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, unabhängig von ihrem Wohnsitz, in Deutschland Steuern zahlen.

Es ist erforderlich, dass die zahlreichen Ausnahmeregelungen im Steuerrecht für Unternehmen zu beseitigen sind. Dabei muss die Orientierung der Unternehmensbesteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angeglichen werden. Wir fordern darüber hinaus eine Verstärkung der Progression, da gerade die Entlastungen der unteren Einkommensgruppen zu mehr Konsum und somit zu mehr Inlandsnachfrage führt, während die Entlastung oberer Einkommensgruppen lediglich eine erhöhte Sparquote zur Folge hat.

4.4 Rente

Die Alterung der Mitglieder der Gesellschaft macht eine grundlegende Reform der Rentenversicherung notwendig. Langfristig kann eine Umlagefinanzierung diesen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Die generationenübergreifende Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung muss im Kern erhalten bleiben. Daher fordern die Jusos Sachsen den Aufbau einer zweiten tragenden Säule einer obligatorischen, gesetzlichen Zusatzrentenversicherung mit Fondscharakter und Steuerzuschüssen. Die Steuerzuschüsse zur Zusatzversicherung müssen Menschen mit geringerem Einkommen besser stellen. So kann sichergestellt werden, dass das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht zu Einbußen in der Lebensqualität führt. Die Rentenhöhe kann nicht nur an der Einkommenshöhe bemessen werden. Geringere Lebensinkommen dürfen keine Altersarmut zur Folge haben, vielmehr müssen diese durch eine hohe Basisrente vermindert werden.

Notwendig für eine optimale Ausnutzung der Beitragsbasis ist ein Wandel in der Arbeitsmarktpolitik, hin zu einer stärkeren Orientierung an der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Dadurch können die Herausforderungen des demografischen Wandels ausgeglichen werden.

4.5 Gesundheit

Wir fordern den Erhalt des solidarischen Prinzips im Gesundheitswesen. Ziel aller Bemühungen muss die bestmögliche Behandlung und Versorgung aller Patientinnen und Patienten auf Höhe des medizinischen Fortschritts sein. Die ökonomischen Interessen von Pharmaunternehmen dürfen diesem Ziel nicht entgegenstehen. Vorsorgemaßnahmen sollen flächendeckend und ohne Zusatzkosten angeboten und gesundheitsbewusstes Handeln gefördert werden. Daraus resultiert eine höhere Lebensqualität für die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und eine Kostenersparnis für die Solidargemeinschaft.

Angesichts der Kostensteigerung durch eine alternde Gesellschaft fordern die Jusos Sachsen eine Erweiterung des Beitragsspektrums. Das Konzept einer allgemeinen BürgerInnenversicherung muss unter Einbeziehung aller Einkommensarten, insbesondere jedweder Einkünfte aus Vermögen, umgesetzt werden. Dabei muss dafür Sorge getragen werden, dass niemand ohne Versicherungsschutz ist. Durch die Einführung der BürgerInnenversicherung müssen gleiche Bedingungen für privat und gesetzlich Krankenversicherte hergestellt werden.

Die Ausdifferenzierung der Einkommensarten kann die allein lohnzentrierte Finanzierung des Gesundheitssystems nicht aufrechterhalten. Daher fordern wir den Aufbau einer zweiten Säule aus umfassenden Steuermitteln im Gesundheitssystem.

Der breite und gleichberechtigte Zugang zum Gesundheitswesen muss weiterhin gewährleistet werden. Damit einhergehend soll der Ausbau von facharztübergreifenden Zentren vorangetrieben werden. Es darf keine regionalen Unterschiede in der medizinischen Versorgung geben.

4.6 Familie

Für uns ist Familie überall, wo Kinder sind, unabhängig von der Lebensgemeinschaft der Eltern. Es ist Ziel unserer Familienpolitik, Frauen und Männer gleichermaßen in die Erziehungsarbeit einzubinden.

Familien sind Orte, wo Jung und Alt zusammen leben, sich umeinander kümmern und Verantwortung füreinander übernehmen. Familien sind Orte der Solidarität und der Zusammengehörigkeit der Generationen: ob Verheiratete mit Kindern, alleinerziehende Mütter und Väter, Patchwork-Familien, Lebensgemeinschaften ohne Trauschein, Lebenspartnerschaften, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern oder aber auch die allein stehende Frau/der allein stehende Mann, die/der ihre/seine Eltern betreut und pflegt. Damit beschränkt sich unser Familienbegriff nicht nur auf die Ehe und Paare mit Kindern, sondern ist weiter gefasst. Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft.

Die Familie bedarf weiterhin der besonderen Förderung und des Schutzes des Staates. Eine moderne Familienpolitik muss deshalb monetäre Transfers um Bildungs- und Betreuungsangebote ergänzen. Die beste Familienförderung ist dabei ein allgemein zugängliches und kostenfreies Angebot differenzierter Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Darüber hinaus benötigen (werdende) Eltern heute stärker denn je Beratungs- und Bildungsangebote, um Berufstätigkeit, Haus- und Familienarbeit, sowie Partnerschaft miteinander zu vereinbaren.

5 Sachsen in Europa

Wir sächsischen Jusos sehen unseren politischen Bezugspunkt in Sachsen als einer Region innerhalb der Europäischen Union. Damit verbinden wir die Rolle eines verantwortungsbewussten, gleichrangigen und friedlichen Europas in der Welt. Wir Jusos stehen für ein geeintes und vereinigtes, solidarisches Europa, wir setzen uns für die Stärkung der Demokratie und Freiheit auf allen europäischen Ebenen ein. Wir bewerten politische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur in den Grenzen des momentan Realisierbaren, sondern halten gleichzeitig den Blick für Visionen und perspektivisches Denken frei.

5.1 Europa nach innen

Wir wollen ein Europa, das nicht allein eine Wirtschaftsgemeinschaft bildet, sondern sich als ausgereifte politische und soziale Werteunion auszeichnet. Diese Werte speisen sich aus den gemeinsamen gesellschaftlich-historischen Errungenschaften Europas: Demokratie, Humanismus, Emanzipation und Aufklärung.

Damit erkennen und befördern wir ein Europa, welches sich auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut. Unser heutiges Europa ist grundlegend durch ein humanistisches Weltbild geprägt. Folglich fordern wir ein Europa, das für all diejenigen offen ist, die sich zu den europäischen Grundwerten bekennen.

Kein Mensch ist illegal und sollte es deshalb nirgends sein. Wir wollen ein Europa, in dem sich alle unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Aussehen oder sonstiger Eigenschaften wohl fühlen, und in dem sie sich sicher und geborgen fühlen.

Wir wollen ein Europa, in dem die BürgerInnen aktiv und lebendig an den Entscheidungen beteiligt werden und eigenverantwortlich ihr Leben und ihre soziale Umwelt mitbestimmen können. Hierfür ist mehr direkte Bürgerbeteiligung, zum Beispiel über Volksentscheide, dringend erforderlich. Damit ist es unerlässlich, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, um das politische Engagement der Menschen zu fördern und sie damit in europäische Entscheidungsprozesse einzubinden.

Wir wollen ein Europa, welches sich durch seinen starken sozialen Zusammenhalt auszeichnet, und in dem für jeden Menschen Wohlstand und Stabilität gesichert sind. Das geeinte Europa muss sich international dafür einsetzen, dass die Globalisierung nicht zum Risiko, sondern zur individuellen Chance für alle Menschen wird. Gerade der Solidarität zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Gesellschaften muss dabei eine ganz substantielle Bedeutung zukommen.

Wir wollen ein Europa, in dem sich die Menschen nicht nur als BürgerInnen eines Staates identifizieren, sondern als Mitglieder einer gesamteuropäischen Gesellschaft. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine europäische Integrationsbewegung, welche sich dem Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen, Religionen und Sprachen widmet. Die regionale Identifikation auf der einen Seite und die europäische Identitätsbildung auf der anderen sind die gesellschaftspolitischen Grundlagen für ein dauerhaft friedliches und gemeinschaftliches Europa. Diese Grundlagen zu vermitteln ist die Hauptaufgabe eines auf Selbstverwirklichung und Toleranz ausgerichteten europäischen Bildungsprogramms.

Neben dem Recht, frei in der EU zu reisen, zu arbeiten und zu leben, muss durch innergemeinschaftliche Solidarität gewährleistet sein, dass Menschen nicht aufgrund wirtschaftlicher Einflüsse gezwungen sind, ihre ursprüngliche Heimat zu verlassen. Daher hat im Verbund mit einer Stärkung der gemeinsamen europäischen Identität in selbem Maße auch die Förderung regional bedeutsamer Kulturgüter und Traditionen zu erfolgen. Regionale Vielfalt ist ein wichtiger Bestandteil einer gesamteuropäischen Kultur.

Wir wollen ein Europa, in dem keine Vorurteile gegenüber BürgerInnen anderer Staaten, Kontinente oder Kulturkreise bestehen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit müssen mit allen Mitteln eines Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft bekämpft werden. Gerade in der europäischen Vielfalt der Sprachen und Kulturen findet sich eine Grundlage für ein vorurteilsfreies Miteinander der Menschen.

5.2 Europa nach außen

Wir wollen ein Europa, in dem stets Frieden herrscht, und von dem stets ein Signal des Friedens in die Welt hinausgeht. Europa soll dabei international als diplomatischer Vermittler zwischen Kriegsparteien agieren und somit aktiv für mehr Frieden in der Welt sorgen.

Wir wollen ein Europa, welches sich jedoch als humanitärer Helfer in der Welt einen Namen macht. Wir wollen mehr Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer und fordern daher ein Europa, welches sich aktiv um das Wohl der Menschen auch außerhalb seiner Grenzen kümmert. Die wichtigste Eigenschaft von Europa muss die eines Vorbildes für ein friedliches, zivilisiertes und solidarisches Zusammenleben von Menschen werden.

Es ist dabei das langfristige Ziel, in allen Ländern der Erde Verhältnisse zu schaffen, die es den Menschen vor Ort ermöglicht, in Frieden und mit einer ausreichenden Grundversorgung zu leben, so dass kein Mensch aus humanitären Gründen gezwungen ist, sein Heimatland zu verlassen.

Europa und die Europäische Union müssen reformiert werden. In den Bereichen des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission müssen endlich Demokratisierungs- und Legitimierungsprozesse einsetzen. Dem Parlament aller EuropäerInnen soll eine stärkere Bedeutung zukommen. Für uns besteht eine zentrale Forderung darin, dass das Parlament die Möglichkeit erhält, die Kommission selbst zu wählen. Zur Stärkung der Identifikation von Menschen und Organisationen (Parteien) mit Europa und um der steigenden und auch geforderten Bedeutung Europas gerecht zu werden, setzen wir uns bei Wahlen zum Europäischen Parlament für ein Modell der gemeinsamen Europäischen Listen ein.

Bedingung für eine in der Welt anerkannte Europäische Gemeinschaft ist es, zu allen demokratischen Ländern sowie weiteren globalen Partnern, als auch zu wichtigen Nichtregierungsorganisationen enge freundschaftliche Beziehung zu halten bzw. aufzubauen.

Die Erfahrungen und Werte, auf denen Europa aufbaut, und dem die europäischen Gesellschaften ihren Wohlstand und ihre Sicherheit verdanken, können als universelle Werte im Rahmen einer friedlichen Außenpolitik auf der ganzen Welt Verbreitung finden. Dies darf jedoch als Angebot zur Hilfestellung bei System- und Gesellschaftstransformationen geschehen. Jegliche militärische Verbreitung von Demokratie, Aufklärung und Menschenrechten widerspricht eben jenen Grundgedanken und sind prinzipiell anzulehnen.

Eine räumliche Orientierung an politisch willkürlich gezogenen Grenzen ist für uns aus zweierlei Gründen nicht notwendig. Politische Grenzen sind nie natürlich, sondern immer durch Menschen gesetzt. Gleichzeitig ist die Abgrenzung von Wirtschafts- und Einflussräumen unsolidarisch und widerspricht dem Grundsatz der Gleichwertigkeit allen menschlichen Lebens. Prinzipiell sollte es jedem Land möglich sein, der EU beizutreten, wenn sich dessen Menschen zu den gemeinsamen Grundwerten bekennen.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dürfen bei Beitrittsgesuchen nur ein bedingtes Kriterium sein. Entscheidend ist die Umsetzung der politischen, sozialen und rechtsstaatlichen Beitrittsvoraussetzungen im jeweiligen Land.

5.3 Europa der EuropäerInnen

Wir sächsischen Jusos erkennen nicht nur den aktuellen Reformzwang, in dem sich die Europäische Union als Staatengemeinschaft aufgrund der erwünschten Erweiterungen und der sinnvollen Integration befindet, sondern sehen auch über die aktuellen Gegebenheiten hinaus.

Ein großer Konfliktpunkt, der im Prozess der Verfassungsvertragsratifizierung erneut erkennbar wurde, bleibt die fehlende Akzeptanz in der europäischen Bevölkerung gegenüber den EU-Entscheidungen und -Entscheidungsträgern. Dieses latente Demokratiedefizit kann nach unserer Meinung im derzeitigen strukturellen Rahmen eines Staatenbundes nicht endgültig gelöst werden. Dazu benötigt es die Vision eines Europas der EuropäerInnen.

Die Demokratie ist eine europäische Errungenschaft. Ihre Entwicklung bildet einen grundlegenden Leitfaden in der europäischen Verfassungsgeschichte. Derzeit orientiert sie sich am ordnungspolitischen Rahmen von Nationalstaaten. Doch dieser Handlungsrahmen verliert mehr und mehr sein Steuerungspotential. Die Supranationalisierung der Wirtschaft erfordert seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ständig neue Kontroll- und Steuerungsinstrumente. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurden dazu verschiedenste internationale Organisationen gegründet. Doch haben diese alle eine große Gemeinsamkeit. Keine genügt den demokratischen Standards klassischer Nationalstaaten.

Die Überwindung einer Welt, die auf souveränen, begrenzten Nationalstaaten aufbaut, ist demnach nicht nur eine logische Folge aus der so genannten Globalisierung in Wirtschaft, Kommunikation und Verkehr, sondern ist eine der wichtigsten Forderungen der aufgeklärten Linken des 20. Jahrhunderts. Die sozialistische Idee einer humanitären Gesellschaft, die ein Zusammenleben aller allein auf der sozialdemokratischen Grundwertetrias aufbaut, benötigt keine weitere Sinnstiftung durch kulturbezogene Identitäten. Nationalstaaten haben sich als ideen- und organisationspolitisches Konstrukt des 19. Jahrhunderts mittlerweile über alle Kontinente hinweg durchgesetzt, aber ihre Handlungsmöglichkeiten und ihre Gestaltungskompetenzen sind jedoch mehr und mehr erschöpft. Nationalstaaten werden nicht mehr die entscheidenden Akteure des 21. Jahrhunderts sein.

Wir sehen die einzige Möglichkeit, um die Demokratie in Europa lebendig zu halten und politische Handlungspotentiale zurück zu gewinnen, in der Loslösung der europäischen Frage von den Nationalstaaten. Europäische Entscheidungen, deren internationaler Charakter eine sinnvolle Antwort auf die Erscheinungen der Globalisierung bildet, haben schon jetzt einen immensen Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der in Europa wohnenden Menschen. Allein es fehlt eine effektive Repräsentation. Nur durch eine europäische Demokratie kann die Europäische Union eine politische Einheit mit legitimen und letztendlich akzeptierten Handlungskompetenzen werden. Mit der Aufwertung der Europäischen Union zu einer selbstständig politisch handlungsfähigen Ebene, deren Legitimität sich einzig auf die europäische Bürgerschaft bezieht, können wir dieses historische Projekt EU zu einem zukunftsfähigen, demokratischen Europa gestalten. Die Zukunft Europas liegt in dessen Staatlichkeit.

6 Umwelt, Nachhaltigkeit und Raumplanung

6.1 Verkehrspolitik

Die Jusos Sachsen sehen in der räumlichen Mobilität von Menschen und Gütern eine der wesentlichen Bedingungen für unser modernes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Mobilität bildet die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen

und für moderne arbeitsteilige Wirtschaftsprozesse. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung randständiger Regionen ist auf eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Nach Ansicht der Jusos-Sachsen gilt es, diese den Bedürfnissen von Mensch und Natur entsprechend als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung zu stellen und weiter zu entwickeln.

Zunehmend zeigen sich aber auch die negativen Folgen der bisherigen Verkehrspolitik. So trägt der Verkehrssektor durch Lärmbelastungen, Flächen- sowie Ressourcenverbrauch und durch Emission von klima-, umwelt- und gesundheitsrelevanten Gasen ganz wesentlich zur Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen bei und beeinträchtigt die Lebensqualität der Menschen massiv.

Den Schäden an Mensch und Natur steht außerdem eine zunehmende Dysfunktionalität des Verkehrssystems entgegen. Aufgrund falscher politischer Anreize kommt es zu einer Verlagerung von Verkehrsströmen auf gesellschaftlich nachteilige Verkehrsträger, wie Straße und Luftverkehr. Diese stoßen zusehends an ihre Kapazitätsgrenzen. Sowohl regionale als auch internationale Verkehre leiden zunehmend an der Überlastung der Infrastruktur, mit allen negativen ökologischen und ökonomischen Folgen.

Die Probleme der Gegenwart zeigen, dass dem erwarteten Wachstum an Fahrleistung und den damit verbundenen verkehrspolitischen Herausforderungen nicht auf herkömmlichem Wege – ein immer mehr an Schiene und Straße – begegnet werden kann. Deshalb fordern die Jusos Sachsen ein Umsteuern in der Verkehrspolitik, um individuelle Mobilität und arbeitsteilige Produktion mit geringerem Verkehrsaufwand zu erbringen. Das Erreichen dieses Ziel erfordert sowohl lang- als auch kurzfristig wirkende Maßnahmen und ein Umdenken auf Seiten von Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt den Verkehrsteilnehmern.

Oberste Priorität künftiger Verkehrspolitik muss es sein, Verkehrsentstehung zu vermeiden. Das Hauptinstrument für dieses Ziel sehen wir in einer Raumplanungspolitik, die sich dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ verpflichtet fühlen muss. Nur auf diesem Wege kann eine Siedlungsstruktur geschaffen werden, die langfristig dem Entstehen von neuen Verkehren entgegenwirkt und die eine Verlagerung auf nachhaltige Verkehrsträger ermöglicht.

Die Jusos Sachsen fordern eine Verlagerung der Verkehrsströme auf umweltverträgliche Verkehrsträger. Daher sprechen wir uns für marktnahe Lösungen aus, die den tatsächlich erzeugten Belastungen Rechnung tragen.

Maßstab für die Beurteilung der Preise im Verkehrssektor sind die gesellschaftlichen Kosten der jeweiligen Verkehrsträger. Bisher gesellschaftlich getragene Kosten werden vom Bezieher von Verkehrsleistungen aufgebracht werden müssen. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsträgern sind gleiche Rahmenbedingungen für Straße, Schiene, Luft und Wasser. Dies ist gleich bedeutend mit einem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern. Erst dann kann ökonomisch rationales Verhalten auch ökologisch sinnvoll sein. Entstehen trotz einer solchen nachhaltigen Verkehrspolitik untragbare Belastungen für Mensch und Natur, ist es unabdingbar, dass den politischen Akteuren auch nicht marktkonforme Steuerungsmechanismen offen stehen müssen.

Neben einer nachhaltigen Raumplanungspolitik und einem ordnungspolitischen Rahmen für einen ökologischen Verkehrsmarkt muss auch der technische Fortschritt für ein Mehr an Sicherheit, Effizienz und Verkehrsvermeidung genutzt werden. Der Forschung in diesen Bereichen – beispielsweise die Telematik oder neue Werkstoffe – muss eine dementsprechende Bedeutung zugemessen werden.

Die Jusos Sachsen werden diesen Prozess der Umsteuerung im Verkehrswesen fördern und sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik in die Entscheidungsfindung einbringen.

6.2 Raumplanungspolitik

Die Jusos Sachsen sehen in einer modernen Raumplanungspolitik den Schlüssel für die Schaffung ökologisch, verkehrspolitisch und sozial nachhaltiger Siedlungsstrukturen. Dabei kann die Raumplanungspolitik nicht isoliert betrachtet werden, sondern hat stattdessen Auswirkungen auf Politikfelder wie beispielsweise die Umwelt- oder die Verkehrspolitik. Raumplanungspolitik ist somit ein zentrales Steuerungsfeld, um langfristige wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Ziele zu erreichen.

Die derzeitigen Probleme im Bereich der Raumplanung sind das Ergebnis von verfehlten rechtlichen und steuerpolitischen Anreizen, die zu einer nicht nachhaltigen Siedlungsstruktur geführt haben.

Neue suburbane Siedlungsstrukturen führen zudem zu einer Zersiedelung der Landschaft, zum räumlichen Auseinanderfallen der Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, Leben und somit zu vermehrten Verkehrsströmen. Gleichzeitig zieht die Stärkung der Vorstädte eine Schwächung der alten urbanen Zentren nach sich. Dies führt zu sozialer Segregation und zu einem Verlust an Urbanität des öffentlichen Raumes.

Eine besondere Herausforderung insbesondere für die neuen Bundesländer ist, dass die Raumplanungspolitik in Zukunft die Bedürfnisse einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung berücksichtigen muss. Dies erfordert neue und alternative Siedlungs- und Nutzungskonzepte, die nicht am Leitbild einer automobilen Stadt orientiert sein können. Es gilt eine Raumplanungspolitik durchzusetzen, deren Maß der Mensch und nicht das Automobil ist.

Nach Ansicht der Jusos Sachsen muss eine moderne Raumplanungspolitik eine nachhaltige Siedlungsstruktur zum Ziel haben, die den Zusammenhalt der einzelnen Regionen sichert. Eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss angestrebt werden.

Die Jusos Sachsen setzen sich für eine ökologisch und sozial nachhaltige Siedlungsstruktur ein. Dies impliziert eine Minimierung des Flächenverbrauchs und eine räumliche Verknüpfung von Leben, Wohnen und Arbeiten (Stadt der kurzen Wege). Langfristig muss das Ziel des Nullflächenverbrauchs erreicht werden.

Neben dieser ökologischen Dimension ist Raumplanungspolitik nach unserer Ansicht aber auch Sozialpolitik. Eine weitere Abkopplung von Regionen und Stadtteilen muss verhindert werden. Die Wahrung einer hohen Lebensqualität und von ausreichendem günstigen Wohnraum ist eine öffentliche Aufgabe. Die Jusos Sachsen setzen sich daher für „lebensgerechte“ Siedlungs- und Wohnformen ein, die ein selbstbestimmtes Leben aller Generationen ermöglichen und auch den Anforderungen einer alternden Gesellschaft entsprechen.

Politik und Verwaltung müssen weiterhin in der Lage sein diese Ziele zu erreichen, auch aus diesem Grund lehnen wir als Jusos Sachsen weitere Privatisierung öffentlicher Räume ab.

6.3 Energiepolitik

Die sichere und kostengünstige Versorgung mit Energie ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren der westlichen Industriegesellschaften. Der Zugang zu Energiequellen ist Basis für unseren Wohlstand, arbeitsteilige Produktionsprozesse und für ein modernes ge-

sellschaftliches Leben in Europa. Die Sicherung kostengünstiger und sicherer Energiequellen ist damit von überragender Bedeutung für die westlichen Industrieländer.

Die fossile Wirtschaftsweise verstößt gegen unser Gerechtigkeitsverständnis, sowohl in globaler als auch in intergenerationeller Hinsicht, denn Energiepolitik kann heute nicht mehr ohne Klimapolitik gedacht werden. Die fossile Energiegewinnung hat einen menschenverursachten Klimawandel zur Folge, der die Lebensgrundlagen und den Wohlstand zukünftiger Generationen massiv einschränkt und gefährdet. Darüber hinaus ist die Endlichkeit der fossilen Energieträger abzusehen. Den Nutzen unserer Lebens- und Produktionsweise haben die heutigen Generationen in den westlichen Industrieländern. Die Kosten dieser Politik tragen neben den zukünftigen Generationen jedoch insbesondere die Länder des Südens. Deren Existenzgrundlage ist bereits heute durch den Klimawandel massiv bedroht.

Auch ordnungspolitisch ist die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen oder aus Kernspaltung abzulehnen, da sie mit ihren immensen Investitionskosten zu hohen Fixkosten führt und somit vermachtete Märkte und Monopole begünstigt.

Die Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen führt zu einer Verletzlichkeit unserer Volkswirtschaft, die die westlichen Regierungen zwingt, einem Primat der Sicherung von Energiequellen zu folgen. Vor dem Hintergrund abnehmender Vorkommen wird die Bedeutung der Energiequellsicherung noch zunehmen. Die Resultate dieser Interessenspolitik sind im Mittleren Osten, Afrika und Zentralasien zu erleben. Sie führt zu Stützung und Kooperation autoritärer Regime und zu einer weltweiten Interventionspolitik. Die Sicherung von Energiequellen verursacht eine Inkonsistenz in der westlichen Außenpolitik, und deren Ergebnisse stehen in einem fundamentalen Widerspruch zu unseren Werten der Demokratie und Menschenrechte.

Aus diesen Problemen ziehen wir als Jusos Sachsen den Schluss, dass es einer energiepolitischen Wende bedarf. Es sind zwar erste richtige Schritte durch die rot-grüne Regierung unternommen worden, es gilt jedoch, diese Politik konsequent fortzusetzen und zu verstärken. Dies betrifft insbesondere die internationale Dimension der Energie- und Klimapolitik.

Für die Jusos Sachsen muss eine moderne Energiepolitik eine ökologisch, ökonomisch und sicherheitspolitisch nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass das langfristige Ziel einer nachhaltigen Energiepolitik eine klimaneutrale Energiebilanz unter Verzicht auf die Kernenergie ist. Dieses Ziel sollte durch die Weiterentwicklung bestehender Energieträger und den Ausbau der erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne und Biomasse geschehen.

Dies bedeutet, dass langfristig die Energiebereitstellung nur über die erneuerbaren Energien erfolgen kann, weshalb diese weiterhin gefördert werden müssen, und bestehende Marktverzerrungen zu Lasten dieser Energieträger abzubauen sind. Die Preise der Energieträger müssen weitestgehend deren gesellschaftliche Kosten widerspiegeln. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung in die unterschiedlichen Energieträger müssen verstärkt diesen zukünftigen grünen Energieträgern zu gute kommen.

Die Jusos Sachsen lehnen die Atomenergie aus ökologischen, sicherheits- und ordnungspolitischen Gründen ab. Dies gilt auch für eine Verlängerung bestehender Restlaufzeiten. Weitere Forschungsinvestitionen in die Kernenergie machen vor dem Hintergrund des Atomausstiegs keinen Sinn.

Da dieser Umsteuerungsprozess nur mittelfristig erfolgen kann, sehen wir die kurzfristige Lösung der energiepolitischen Herausforderung in der effizienteren Verwendung vorhandener Energie. Durch Effizienzsteigerungen müssen wir eine weitere Entkopplung von

ökonomischem Wachstum bzw. Wohlstand und Energieverbrauch erreichen. Die Erhöhung der Energieeffizienz hat auch zur Folge, dass die steigenden Energiekosten nicht zu Wohlfahrtsverlusten bei den Konsumenten führen, was die energiepolitische Wende erschweren würde.

6.4 Umweltpolitik

Die Jusos Sachsen begreifen Umweltpunkt als Querschnittsaufgabe für sämtliche Politikfelder. Dies bedeutet, dass politische Entscheidungen immer auch auf ihre ökologischen Folgen hin beurteilt und dementsprechend angepasst werden müssen. Wir als Jusos Sachsen sehen in der Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen die überragende Aufgabe unserer Generation. Es geht bei dieser Aufgabe auch darum, ob wir unsere Umwelt lediglich als ökonomische Ressource verstehen, oder ob wir dem Leben einen Eigenwert zubilligen, der unabhängig von menschlichen Maßstäben oder Nutzenkalkülen ist.

Dieser Prozess des Umdenkens ist nach wie vor notwendig, da unsere derzeitige Wirtschafts- und Lebensweise nicht nachhaltig ist und somit die Handlungsoptionen zukünftiger Generationen einschränkt. Mit dem ungebremsten Verbrauch der natürlichen Ressourcen – Luft, Boden und Wasser – zerstören insbesondere die westlichen Industrienationen nach wie vor die ökologische Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

Neben dem Verstoß der intergenerationellen Gerechtigkeit ist jedoch auch die globale Gerechtigkeit verletzt, da die weltweite Arbeitsteilung zu einem Exportieren von Umweltproblemen in die schwach entwickelten Länder führt. Zudem leiden die Länder des Südens am stärksten unter den globalen Folgen der Umweltverschmutzung. Umweltpolitik ist also gezwungenermaßen internationale Politik. Trotz dieser internationalen Dimension sind wir nicht aus der Verantwortung entlassen, auf nationaler oder regionaler Ebene Initiativen zu ergreifen, um den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu verbessern.

Nach Ansicht der Jusos Sachsen muss eine nachhaltige Umweltpolitik die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen der heutigen und der künftigen Generationen zum Gegenstand haben. Langfristige ökologische Kriterien müssen Einfluss in die meist ökonomisch orientierten und kurzfristigen Entscheidungen der Menschen finden.

Daher muss es nach Ansicht der Jusos Sachsen zu einem Ende des scheinbaren Konflikts zwischen Ökologie und Ökonomie kommen. In Zukunft darf nur noch das ökonomisch sinnvoll sein, was auch ökologisch rational und nachhaltig ist. Nur wenn dieses Kriterium erfüllt ist, kann ökonomisches Handeln ökologisch verträglich sein. Es ist Aufgabe der Politik hierfür den ordnungspolitischen Rahmen zu setzen. Ökologische Werte dürfen nicht kurzfristigen Wachstums- und Arbeitsplatzinteressen geopfert werden. Wachstum kann nur im Einklang mit der Natur geschehen.

Die Jusos Sachsen treten für eine nachhaltige multifunktionale Landwirtschaft ein, um so die ökologischen Lebensgrundlagen zu sichern und regionalen Anbietern Marktchancen als Energiewirte, Landschaftspfleger sowie Nahrungsmittelproduzenten zu eröffnen. Die biologische Erzeugung von Lebensmitteln gilt es zu stärken und fördern. Die „grüne“ Gentechnik ist nach Ansicht der Jusos Sachsen nicht mit dem Ziel der Nachhaltigkeit zu vereinbaren und wird deshalb abgelehnt.